2017/48 Ausland

https://jungle.world/artikel/2017/48/interniert-und-versklavt

Die Versklavung subsaharischer Migranten in Libyen sorgt für Empörung und Proteste in Afrika und Europa

Interniert und versklavt

Von **Bernhard Schmid**

Eine Reportage hat den Handel mit versklavten subsaharischen Migranten in Libyen dokumentiert. Afrikanische und europäische Länder reagierten empört. Nicht nur libysche Milizen gelten als verantwortlich für die Menschenrechtsverletzung.

Die offiziellen Reaktionen waren deutlich. Mali zog am 19. November seinen Botschafter aus Libyen ab und bestellte den libyschen Botschafter in der malischen Hauptstadt Bamako zum Rapport ein. Das Nachbarland Burkina Faso zog einen Tag später seinen diplomatischen Vertreters aus Tripolis ab, Abraham Traoré, »für Beratungen«, wie es hieß. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sprach am Mittwoch voriger Woche in Gegenwart seines malischen Amtskollegen Ibrahim Boubacar Keïta von »Verbrechen gegen die Menschheit« in Libyen und forderte die Einberufung einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats.

Dies sind nur einige der offiziellen Reaktionen auf die Ausstrahlung einer Reportage der sudanesisch-britischen Journalistin Nima Elbagir auf dem US-amerikanischen Sender CNN über den Handel mit versklavten subsaharischen Migranten in Libyen. Die international anerkannte libysche »Einheitsregierung« unter Fayez al-Sarraj ordnete am 19. November eine offizielle Untersuchung an. Viel ändern am Schicksal der Migranten dürfte das nicht. Die Regierung hat keine Macht über die landesweit agierenden Milizen und konkurriert mit einer weiteren Regierung in Tobruk und ihrem »starken Mann«, Feldmarschall Khalifa Haftar.

Die Reportage der 1978 geborenen CNN-Journalistin wurde am 14. November ausgestrahlt. Mit versteckter Kamera war etwa der Verkauf von zwei aus Nigeria stammenden Migranten für 1 200 libysche Dinar (rund 700 Euro) bei einer Auktion gefilmt worden. Insgesamt zwölf aus Nigeria stammende Menschen seien auf diese Weise unter ihren Augen verkauft worden, berichtete Elbagir. Bis dahin war zwar vermutet worden, dass subsaharische Migranten in Libyen unter sklavereiähnlichen Verhältnissen arbeiten müssen, doch es gab keine Beweise dafür.

Die EU-Staaten kooperieren mit libyschen Milizen

Bis zum Bürgerkrieg 2013 hielten sich rund zwei Millionen subsaharische Arbeitsmigranten in Libyen auf. Bereits in der Ära Muammar al-Gaddafis verrichteten sie oft unbeliebte körperliche Arbeiten in dem dank Öleinnahmen reichen Land, zugleich nutzten viele Libyen als Zwischenstation auf dem Weg nach Europa, insbesondere Italien. Mit dem Staatszerfall brach sich in Libyen der Rassismus gegen Schwarzafrikaner Bahn, der in der dokumentierten Versklavung gipfelt. In vielen arabischen Gesellschaften gibt es strukturellen Rassismus, der mit der Vorstellung einer Art araboislamischer Leitkultur einhergeht, so auch in anderen Transitländern in Richtung EU wie Marokko und Algerien. Vorige Woche kam es etwa zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen jungen Marokkanern und subsaharischen Migranten in Casablanca. In Algerien wurden in den vergangenen zwei Jahren Tausende Migranten aus dem südöstlichen Nachbarstaat Niger festgenommen und mittels Sammelabschiebungen dorthin zurückgeschickt; für Migranten ohne Aufenthaltspapiere ist die Lager deutlich schwieriger geworden.

In Libyen üben die EU-Mitgliedstaaten Druck auf die Einheitsregierung aus, Migranten von der Fahrt über das Mittelmeer abzuhalten. Dabei kooperieren sie im Kampf gegen sogenannte Schlepper auch mit Milizen, aus denen sich die libysche Küstenwache rekrutiert hat. Einige Milizen gingen dazu über, Migrantinnen und Migranten zu internieren, wie schockierende Berichte, etwa der Hilfsorganisation Oxfam, zeigen.

Malische und nigrische Staatsangehörige berichten in Videos mit Zeugenaussagen aus Libyen, die derzeit auf zahllosen westafrikanischen Facebook-Seiten zu sehen sind, die libyschen Wächter hätten ihrerseits mit kriminellen Banden aus den Herkunftsländern der Migranten kooperiert. Menschenschmuggler hätten mit libyschen Milizen mitunter Hand in Hand gearbeitet. Sie meldeten demnach die bevorstehende Ankunft von Landsleuten an libysche Milizen, die früher oft selbst im Schmuggelgeschäft tätig waren, nun aber am Festhalten von Migranten verdienen. Von den subsaharischen Banden hätten die libyschen Milizen gelernt, wie Geld per Western Union, Money Gram und anderen Finanzunternehmen international transferiert werden kann. In Libyen war dies wegen des langjährigen Embargos und der langsamen Öffnung bislang wenig verbreitet. Nun nutzten die Milizen dieses Wissen, um von den Familien der internierten Migranten für ihre Freilassung Lösegeld zu erpressen.

In vielen subsaharischen Ländern war die Empörung ob des Videobeweises für Sklaverei in Libyen groß. In Mali waren für Montag Demonstrationen geplant, denen die Regierung durch ihre Reaktion gegenüber Libyen zuvorkam. Viele hoffen auch auf Proteste in Europa. Einerseits weil es dort im Gegensatz zu vielen afrikanischen Ländern größere Demonstrationsfreiheit gibt, andererseits weil sich Menschen in West- und Zentralafrika bewusst sind, dass viele wichtige sie betreffende Entscheidungen ohnehin in Paris oder Brüssel getroffen werden.

In Paris gründeten am 25. November rund 150 Menschen im Gewerkschaftshaus nahe der Place de la République die neue Gruppe »Koordination gegen die Sklaverei in Libyen« (CCEL). Rund drei Viertel der Anwesenden im Saal waren afrikanischer Herkunft, aus

Ländern wie Kap Verde, der Côte d’Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo und Djibouti. Die Koordination will am internationalen Tag der Abschaffung der Sklaverei am 2. Dezember sowie am 18. Dezember zum internationalen Tag der Migranten Proteste organisieren und 100 000 Menschen auf die Straße bringen.

Proteste in Paris

Spontane Proteste, zu denen auf Facebook und von Prominenten wie dem Rapper Rost aufgerufen wurde, gab es in Paris mit bis zu 3 000 Demonstrierenden. So fand am Samstag eine unangemeldete Demonstration auf den Champs-Élysées statt, die die Polizei mit Knüppeln und Tränengas auflöste, und am Abend zuvor eine unangemeldete Kundgebung in der Nähe des libyschen Konsulats im 15. Pariser Bezirk. In den Pariser Vorstädten Cachan und Fresnes protestierten am Donnerstag voriger Woche Oberschüler gegen die Zustände in Libyen, blockierten ihre Schulgebäude und lieferten sich kleine Scharmützel mit der Polizei. Auch in London und Brüssel gingen Menschen unweit der libyschen Botschaft auf die Straße, wobei es in der belgischen Hauptstadt am Samstag zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. 60 Menschen wurden Identitätsfeststellungen unterzogen und elf festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, Autos oder Geschäfte beschädigt zu haben.

In der marokkanischen Hauptstadt Rabat fanden zu Anfang der Woche ebenfalls Protestdemonstrationen von Angehörigen marokkanischer Migranten statt, die meist aus entlegenen Orten im Atlasgebirge stammen und in Libyen ebenfalls gefangen gehalten werden.

Neben dem diplomatischen Vorgehen gegen libysche Stellen fordern die Protestierenden in der Regel auch ein Ende der Abschottungspolitik der EU, die dazu beitrage, dass Menschen in Libyen interniert werden oder im Mittelmeer zu Tode kommen.

© Jungle World Verlags GmbH